

Das Sparprogramm und die Krise des Kapitalismus

Von der Krise der Finanzmärkte...

Nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 galt es für die Regierenden, den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. So wurden zur Rettung maroder Banken beispiellose Haushaltsdefizite produziert. Gleichzeitig galt es, die einbrechende Konjunktur durch staatliche Konjunkturprogramme zu befeuern.

... zurück zum Staatskredit

Um die sich auf den Finanzmärkten zeigende Krise zu bewältigen, sucht die staatliche Krisenverwaltung ihre Zuflucht bei einem Mittel, das in den 70er Jahren bereits gescheitert war: die Finanzierung des Kapitalismus durch Staatskredite. Dieses Scheitern machte schon die Grenzen der kapitalistischen Akkumulation sichtbar. Die kapitalistische Konkurrenz treibt den Produktivitätsfortschritt voran. Dies macht Investitionen in Sachkapital zwingend notwendig. Die Kehrseite davon ist die Entsorgung von Arbeit. Dieser Zusammenhang produziert nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern untergräbt die Substanz des Kapitals, denn das Kapital kann nur durch Verausgabung abstrakter Arbeit akkumulieren. Gleichzeitig steigen die Kosten für die gesamte kapitalistische Veranstaltung: für Sachkapital, die Verwissenschaftlichung der Produktion, Vermarktung, Alimentierung der sozialen und ökologischen Folgen... An ausgehender Arbeitssubstanz und steigenden Kosten droht die Verwertung des Kapitals zu ersticken.

Dies macht den Kapitalismus immer abhängiger von Krediten. Bereits in den 70er Jahren geriet die staatliche Kreditfinanzierung angesichts von Arbeitslosigkeit und schwacher Konjunktur in die Sackgasse von Inflation und Stagnation. In dieser Situation verlagerte der Neoliberalismus das Finanzierungsproblem vom Staatskredit auf die Finanzmärkte. Eine wunderbare Geldvermehrungsmaschine schien gefunden. Auf der Basis von Verschuldung und dem Handel mit Finanzpapieren entwickelte sich eine globale Defizitkonjunktur.

Das Problem dabei ist: Die Akkumulation auf den Finanzmärkten ist von der realen Akkumulation entkoppelt. Das Kapital akkumuliert, ohne dass ihm ein realer Gegenwert entspricht. Ohne realen Gegenwert ist Akkumulation nur simuliert. Sie wird zur Scheinakkumulation. Genau das bildet Blasen, die dann platzen, wenn der Glaube an die Bezahlbarkeit von in Finanztiteln angehäuften Schulden und Umschuldungen zusammenbricht. Da die Realwirtschaft jedoch abhängig ist von der Finanzzufuhr aus der simulierten Akkumulation, zieht das Platzen von Finanzblasen Zusammenbrüche in der Realwirtschaft bzw. Konjunktureinbrüche nach sich. Aus der Finanzkrise wird eine Wirtschaftskrise mit einbrechender Nachfrage und kollabierender Industrieproduktion.

Staatliche Hilfsprogramme sollen die Banken retten und die Konjunktur vor Ein- und Zusammenbrüchen bewahren. Damit aber ist das Finanzierungsproblem von den Finanzmärkten wieder auf die Staatskredite zurückverlagert worden. Die Defizitkonjunktur wird verstaatlicht. Die Politik ist da angekommen, wo sie in den 70er Jahren gescheitert ist. Nur mit einem

gravierenden Unterschied: Die Krise wird auf einem wesentlich höheren Niveau verwaltet. Mit dem Platzen der Immobilienblase 2008 hat die Krise globale Dimensionen angenommen, die lokal nicht mehr zu begrenzen sind. Von den Peripherien rückt sie immer mehr in die kapitalistischen Zentren vor.

... und hin zur Krise der Staatsfinanzen

Mit rund drei Billionen US-Dollar beziffert das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel den weltweiten Umfang der staatlichen Hilfen. Die Krise ist also verstaatlicht und eskaliert in der Krise der Staatsfinanzen. Auf das Rettungsprogramm für Banken und Konjunktur folgt nun das dritte Rettungspaket. Es gilt nun den vom Staatsbankrott bedrohten Ländern. Das Problem liegt aber nicht einfach bei den Ländern, die - wie es Griechenland vorgeworfen wird - vermeintlich über ihre Verhältnisse gelebt haben und nun unser Geld wollen' (BILD). Im Gegenteil wird sichtbar, dass die deutschen Exportüberschüsse durch die Defizite der anderen finanziert wurden. Auf Export ausgerichtete Länder finden in sich immer weiter verschuldenden Zielländern Absatz für ihre Produktionsüberschüsse. Damit wird ein struktureller Zusammenhang des Krisenkapitalismus deutlich:

Die Konjunktur wird aus Defizitkreisläufen gespeist. Sie funktionieren nur aufgrund einer stetig wachsenden Verschuldung der Länder, welche die Überschüsse der Exporteure aufnehmen.

Zum Beispiel Griechenland

Im Blick auf Griechenland heißt das: Deutschland hat von der griechischen Defizitkonjunktur insofern profitiert, als die deutschen Exporte in die südlichen europäischen Länder durch deren Defizite finanziert wurden. 2008 z.B. betrugen die Exportüberschüsse Deutschlands in Europa 100 Milliarden Euro. Diese Überschüsse sind die Defizite der Zielländer. Begünstigt wurden die Exporte und damit das Desaster Griechenlands durch deutsche Billiglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Sozialabbau. Involviert sind auch die deutschen Banken. Sie halten 28 Milliarden Euro an griechischen Staatsanleihen. Ihr gesamtes Engagement liegt bei 43 Milliarden Euro. Die von der Pleite bedrohten südosteuropäischen Staaten stehen bei deutschen Banken mit ca. 330 Milliarden Euro in der Kreide. Damit ist die Schuldenkrise Südosteuropas auch eine Krise des deutschen Finanzkapitals.

Die innere Schranke der kapitalistischen Produktion - die Entsorgung von Arbeit als Substanz der Wert- und Mehrwertproduktion - wird immer deutlicher. Sie markiert die Grenzen der Reproduktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems. Über diese Grenze hilft auch die Staatsverschuldung nicht hinweg. Sie ist lediglich der Ausdruck dafür, dass die Produktion von Wert- und Mehrwert auf ihre Grenze stößt. Auch bei den sog. Sündern, die angeblich über ihre Verhältnisse gelebt haben, liegt das Problem nicht einfach in der nominalen Höhe der Defizite, sondern in der mangelnden Akkumulationsfähigkeit des Kapitals in der Konkurrenz. Das nominale Defizit Deutschlands liegt

gemessen am nationalen Bruttoinlandsprodukt höher als z.B. das Defizit in Spanien. Es kann aber durch die riesigen Exportüberschüsse - ermöglicht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und finanziert durch kapitalschwache Länder - abgefedert werden. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik an den deutschen Außenhandelsüberschüssen zu sehen, die aus Frankreich laut wird. Demgegenüber pocht Deutschland auf seine Wettbewerbsfähigkeit und damit auf die Finanzierung deutscher Exporte durch die Defizite der anderen. Die Stärke der einen setzt die Schwäche der anderen voraus. Kapitalistische Produktion ist abhängig von Defizitkreisläufen. Deshalb kommt es der Quadratur des Kreises gleich, wenn Länder wie Griechenland durch Sparmaßnahmen ihre Binnenkonjunktur abwürgen und gleichzeitig deutsche Exportüberschüsse aufnehmen sollen.

Die Krise der Staatsfinanzen und die Krise des Euro

Mit dem Staatsbankrott einer Reihe von europäischen Ländern droht der europäische Defizitkreislauf zum Erliegen zu kommen. Dies soll durch die Geldschwemme der Europäischen Zentralbank aufgefangen werden. Das Problem dabei ist, dass mit der Geldschwemme eine Konjunktur befeuert werden soll, bei der kein sich selbst tragender Aufschwung abzusehen ist. Die Folge der Geldschwemme sind chaotisch schwankende Währungen. In ihnen drückt sich keine ökonomische Stärke oder Schwäche aus, sondern Instabilitäten im Verfall der Währungen, die alle dramatisch gegenüber dem Gold verlieren. Die Krise der Finanzmärkte wird zur Krise des Geldes und seiner staatlichen Garanten. Der Entkoppelung der Waren von ihrer Arbeitssubstanz entspricht die Entkoppelung des Geldes von seiner Wertschöpfung.

Der Euro ist dabei in einer besonders kritischen, weil zwiespältigen Situation. Er ist einerseits nötig, damit der Euro-Raum in der Konkurrenz der globalen Wirtschaftsblocke bestehen kann. Zum anderen ist er dadurch im Nachteil, dass er als Einheitswährung in einem Raum mit einem sehr unterschiedlichen nationalen Gefälle von Produktivität und Kapitalkraft fungiert und nicht an eine einheitliche politische Souveränität gebunden ist. So wird er zum Streitpunkt gegensätzlicher Interessen.

'Realpolitik' als Wahl zwischen Pest und Cholera

Die sogenannte Realpolitik, die sich von der Illusion speist, den Kapitalismus vor sich selbst retten zu können, steht immer wieder neu vor der Wahl zwischen Pest und Cholera:

- Rettungsprogramme für marode Banken und Konjunkturprogramme für eine Wirtschaft, die auf die Grenze ihrer Akkumulationsmöglichkeiten stößt, häufen Schuldenberge an, die real nicht mehr erwirtschaftet werden können. Die Sparprogramme wiederum würgen eine Konjunktur ab, die von der Geldzufuhr aus Verschuldung, also von Defizitkreisläufen abhängig ist.
- Wird in der Krise von den Notenbanken mehr Geld in die Wirtschaftskreisläufe eingespeist,

entspricht das Geld immer weniger den wirklichen Wertverhältnissen. Die Konsequenz ist die Entwertung des Geldes. Die drohende Inflation wiederum soll durch Sparprogramme abgewehrt werden. Diese wiederum wirken als Bremse für die Konjunktur.

- Der Preis für die Rettung des Euro sind wiederum Sparprogramme. Sie werden den vom Staatsbankrott geretteten kapitalschwachen Staaten aufgezwungen. Die Folgen dürften in der Entwertung der Arbeitskraft, aber auch von Sach- und Warenkapital bestehen. Diese Folgen werden sich jedoch kaum auf die sog. Krisenländer beschränken lassen, sondern entsprechende Auswirkungen in Gestalt von Arbeitslosigkeit und weiterem Sozialabbau auch auf die exportstarken Länder haben, die von den Defiziten der anderen abhängig sind.

Verschärfungen der sozialen Problemlagen

Die sich weiter zuspitzenden sozialen Problemlagen sind - wie auch bisher schon immer - abzusehen. Die - in der Hartz IV-Hetze ideologisch vorbereiteten - rigiden Sparprogramme der Bundesregierung weisen die Richtung. Es geht verschärft weiter mit der Politik, in der sich schon immer die Krise des Kapitalismus widerspiegelte und für die Hartz IV steht: Prekarisierung der Arbeit und Sozialabbau. Die Folgen der Krise werden weiter auf abhängig Beschäftigte sowie auf diejenigen abgewälzt, die für die Verwertung ihres 'Humankapital' überflüssig sind. Und auch in einer Zeit, in der die Arbeit überflüssig gemacht wird, wird weiter verkündet: „Das Programm gegen steigende Armut heißt Arbeit.“ (Kölner Stadt Anzeiger vom 16.6.2010) In dieser Tonart trällert auch Frau von der Leyen.

Angesichts der Krise können nur Antworten realistisch sein, die erkannt haben, dass es im Rahmen der kapitalistischen Zwangslogik keine humanen Perspektiven geben kann. Nur ein Bruch mit ihr kann dem Abdriften in immer tiefere, soziale Spaltung und damit in konflikt- und gewaltgeladene, gesellschaftliche Verhältnisse entgegenwirken. Realistisch wäre eine Gesellschaft, in deren Zentrum die Lebensbedürfnisse aller Menschen statt die Verwertung des Kapitals stehen. Gesellschaftlich stehen die Kapazitäten, die praktisch-technisch und stofflich dazu nötig sind, zur Verfügung. Im Rahmen der kapitalistischen Zwangslogik können sie jedoch nicht zu diesem Zweck aktiviert werden.

Zusammengestellt für die pc Bistumsversammlung 2010 in Wegberg

Text: Heri Böttcher, Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit